

Zürich

Voll verbogen

Die drückende Hitze hat gestern dazu geführt, dass sich Gleise der SBB und der Wengernalpbahn verbogen haben. SEITE 32

Der Siegertyp

Barack Obama feiert seit Wochen einen politischen Erfolg nach dem anderen. Das weckt Erinnerungen an seinen Wahlkampf 2008. SEITE 25



Gemeinden mit hohen Soziallasten fordern Solidarität ein

FINANZEN Exekutivvertreter aus sechs Gemeinden haben gestern einen «Weckruf» lanciert. Die Sozialkosten seien sehr ungleich verteilt und belasten Agglomerationsgemeinden und Städte übermässig. Sie fordern einen Lastenausgleich.

Der Dietiker Finanzvorsteher Rolf Schaeren (CVP) brauchte deutliche Worte, als er gestern vor den Medien über die Soziallasten gewisser Gemeinden sprach. «Es gibt ein gravierendes Problem», sagte er. Die Lage sei da und dort geradezu dramatisch. Klagen von Gemeindepolitikern über die Soziallasten sind allerdings nicht neu. Schon länger stehen Forderungen im Raum, diese Lasten gerechter zu verteilen.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus sechs Gemeindevertretern, versucht nun, dem Thema neuen Schub zu geben. Sie befasst sich seit letztem Jahr mit der Problematik und erhob bei 113 Gemeinden verschiedenster Grösse Daten. Gestern präsentierten die sechs Exekutivvertreter, unter ihnen Schaeren, die Ergebnisse in Dietikon. Der Ort passt gut, denn Dietikon ist die am stärksten betroffene Gemeinde im Kanton Zürich. Knapp 38 Prozent der Gesamtausgaben machen ihre Soziallasten aus. Schlieren belegt Platz zwei (34,3 Prozent), gefolgt von Rüti und Oberengstringen (beide über 30 Prozent).

Zu den Soziallasten zählt die Arbeitsgruppe fünf Kategorien: AHV/IV und Ergänzungsleistungen EL, Sozialhilfe, Pflegefinanzierung in Heimen, Kleinkinderbetreuung und Alimente. Untersucht hat die Gruppe die Kostenentwicklung zwischen 2010 und 2014. Während die Bevölkerung in den 113 Gemeinden nur um sechs Prozent zugenommen hat, legten die Soziallasten weit stärker zu: Knapp je 25 Prozent sind es beispielsweise bei AHV/IV/EL und der Sozialhilfe. Gar 83 Prozent bei der Heimfinanzierung.

Leistungen vorgeschrieben

Umgerechnet auf die Kosten pro Einwohner resultieren ebenfalls eindrucksvolle Zahlen. Alle Soziallasten zusammen ergeben einen Pro-Kopf-Betrag von 700 Franken im Jahr 2014. Vier Jahre zuvor waren es noch 424 Franken. Im Weiteren hat die Arbeitsgruppe die Soziallasten mit der Steuerkraft in den Gemeinden vergli-

chen. Sie stellt fest, dass die Steuerkraft im betrachteten Zeitraum konstant verläuft. Mit einer Zunahme sei nicht zu rechnen, führte Erhard Büchi (FDP), Finanzvorsteher aus Embrach, aus. Beanspruchten die Soziallasten im Jahre 2012 knapp 18 Prozent der Steuerkraft, waren es 2014 bereits gut 21 Prozent. «Die Steuerkraft wird je länger, je mehr von zwingenden Ausgaben absorbiert», sagte Büchi. Zwingend deshalb, weil die untersuchten Soziallasten für die Gemeinden nicht freiwillig, sondern gesetzlich vorgeschrieben sind.

Grosse Unterschiede

Zentral ist die Feststellung der Arbeitsgruppe, dass die Belastungsunterschiede zwischen den Gemeinden sehr gross sind. Stark belastet sind laut Schaeren vor allem grosse Agglomerationsgemeinden. Opfikons Sozialvorsteherin Beatrix Jud lieferte eine Erklärung: Ihre Stadt habe günstigen Wohnraum und viele Hotels, wo Jobs mit wenig Verdienst angeboten würden. Entsprechend anziehend wirkte die Stadt auf bestimmte Bevölkerungsgruppen.

Stark belastet sind ausserdem die Städte Zürich und Winterthur. Da sie im innerkantonalen Finanzausgleich eine Abgeltung ihrer Zentrumslasten erhalten – sie schliesst auch Soziales ein –, sind sie methodisch nicht vergleichbar mit den übrigen Gemeinden. Schaeren versicherte aber, die Arbeitsgruppe sei mit den Grossstädten im Gespräch. Man ziehe am selben Strick.

Den stark belasteten Gemeinden stehen jene gegenüber, die gering oder gar nicht mit dem Problem konfrontiert sind. Zu ihnen zählt Schaeren die Goldküste. «Eigentlich subventionieren wir reiche Gemeinden», sagte er. Agglomerationsgemeinden integrierten viele fremdsprachige Kinder und sorgten dafür, dass sie später einen Job fänden. Davon profitiere der ganze Kanton.

Die Arbeitsgruppe fordert deshalb, dass die Soziallasten der stark betroffenen Gemeinden fair

HOTSPOTS DER SOZIALHILFE



verteilt werden. Wie das genau geschehen soll, lässt sie aber offen. Zum Teil bewusst, um nicht schon jetzt Differenzen aufkommen zu lassen.

«Das ist ein Weckruf an Parlament und Regierung», sagte Bü-

chi. Er sei enttäuscht, dass der Soziallastenausgleich nicht in den Legislaturzielen der Regierung vorkomme. Dass sich eine Lösung mit dem geltenden Finanzausgleich finden lässt, glaubt die Arbeitsgruppe ausdrücklich

nicht. Eine Änderung dort dauere zu lange, sagte Büchi. Zudem sei Streit so programmiert. Sein Kollege Schaeren warnte vor der Illusion einer kostenneutralen Lösung. «Es wird mit Sicherheit teuer», sagte er. *Thomas Schraner*

Bazl muss ü die Bücher

FLUGHAFEN Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gibt den Fluggesellschaften im Gebührenstreit teilweise recht. Nun liegt der Ball wieder beim Bazl.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) hat im Gebühre zwischen den Fluggesellschaften und der Flughafen Zürich AG entschieden, dass das Bundes Zivilflugfahrt (Bazl) die Gebühren neu beurteilen darf. Damit heisst das BVGer ein schwerer der Fluggesellschaften gegen die Genehmigung der Gebühren teilweise gut. Die Gebühren bleiben vorerst auf Stand von Februar 2014, bei Franken pro Lokalpassagier neuen Gebühren, wie sie vom im November 2013 verfügten, treten nicht in Kraft.

Teilsieg für die Airlines

Für die Fluggesellschaften kommt das Urteil einem pensiegleich. Waren es die Airlines der Lufthansa-Gruppen voran die Swiss –, die 2013 gegen die neuen Gebühren Beschwerde eingereicht hatten. Die neuen Gebühren basieren auf einem Entwurf der Flughafen Zürich AG, die sich zuvor mit den Fluggesellschaften über deren Höhe einigen konnte. Flughafen präsentierte der in der Folge einen Vorschlag dieses nach verschiedenen Anpassungen genehmigte. hätten sich die Gebühren auf 60 Rappen auf 37 Franken erhöht. Die Fluggesellschaften hingegen forderten in ihrer Beschwerde dass die Gebühren um insgesamt 26 Prozent gesenkt werden.

Das BVGer ist nun in ein Seiten starken Urteil zum Schluss gekommen, dass sich bei gewissen Punkten Anpassungen erfordern oder eine nähere Prüfung ist. Damit liegt der Ball nun wieder beim Bazl.

Weniger Zin vom Staat

ZÜRICH Schlechte Nachricht für Zürcherinnen und Zürcher ihre Steuerrechnung früh bezahlen: Der Regierungsrat den Vergütungszins ab nächstem Jahr von 1,5 auf 0,5 Prozent.

Der Regierungsrat hat den Vergütungszins neu festgelegt nachdem auch die Verzinssparguthaben durch die Bausparbanken gesunken sei, heisst es in der Mitteilung von gestern. Der neue 2016 gültige neue Ansaatz von 0,5 Prozent liegt jedoch weit unter dem üblichen Zinssatz für Sparguthaben. Der Regierungsrat halte damit an seiner Absicht den Steuerpflichtigen eine Alternative zu bieten, die Steuern möglichst frühzeitig zu bezahlen. heisst vor dem 30. September jeweiligen Steuerjahres.

Trotz der Schwierigkeiten hält Kanton zur Fifa

FUSSBALLVERBAND Die Fifa müsse ihre angekündigten Reformen vorantreiben – und am Standort Zürich festhalten. Das fordert die Regierung.

Mit der Verhaftung mehrerer Fifa-Topkader haben sich die Vorwür-

Trotz all dieser negativen Meldungen: «Die Fifa gehört zu Zürich und ist in Zürich willkommen», hält der Zürcher Regierungsrat Mario Fehr (SP) fest. Der Sicherheits- und Sportdirektor hat gemeinsam mit Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) ein fünf A4-Seiten

müsse aber ihre angekündigten internen Reformarbeiten mit Nachdruck vorantreiben, fordert die Zürcher Regierung.

Positives im Vordergrund

Das Positionspapier stellt laut Fehr «einen Diskussionsbeitrag» dar. In diesem Beitrag heisst es:

Denn die Fifa leiste mit ihren finanziellen Beiträgen und ihren Fussballprojekten wertvolle Entwicklungsarbeit und fördere die gesellschaftliche Integration, hebt die Regierung hervor. Sie stelle auch einen Motor für den Jugend- und Breitensport dar. Und schliesslich profitiere auch

Enge investiert die Fifa derzeit rund 100 Millionen Franken in den Bau eines Fussballmuseums, das jährlich 200 000 Besucher anziehen soll. Zürich profitiere von der Fifa und die Fifa profitiere vom guten Standort Zürich, bilanziert Fehr.

Die Alternative Liste (AL) hat